

Claudia Roth

Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,
wir blicken zurück auf einen sehr intensiven, vielfältigen und reichen
Meinungsaustausch hier in Berlin. Delegationen haben deutlich ausgesprochen:
Antisemitismus ist eine ganz spezifische Form von Intoleranz, eine Bedrohung für
unsere Grundwerte und ein Angriff auf unser Zusammenleben in offenen
Demokratien. Antisemitismus ist nicht nur das Problem der Juden, nein, ich als
Nichtjüdin möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der Juden Angst haben
müssen, ihre Religion zu leben, in der jüdische Kindergärten und Altenheime
durch die Polizei geschützt werden müssen. Dies ist eine Einschränkung auch
für alle Nichtjuden, eine Herausforderung an Alle.

Um so befriedigender ist es für mich festzustellen, dass wir nicht auf eine Konferenz
der schönen Worte zurückschauen, sondern auf einen operativen,
ergebnisorientierten Austausch über existierende Mechanismen und nach vorne
weisende Strategien. Delegationen haben auf der Ebene ihrer politischen
Entscheidungsträger ihre Entschlossenheit im gemeinsamen Kampf gegen
Antisemitismus bekräftigt. Sie haben ihren Willen bekundet, Berlin mit einem
konkreten Ergebnis zu verlassen. Ich bin sicher, dass die Erklärung zum Abschluss
unserer Konferenz ein wichtiges Dokument sein wird, das nicht Ende, sondern
Beginn einer zukunftsweisenden operativen und effizienten Strategie ist.

Delegationen haben mit ihren substantiellen Beiträgen, die vielfältige Erfahrungen
in der gesamten OSZE Region widerspiegeln, bekräftigt, dass die OSZE ein
einzigartiges Forum bietet für unseren gemeinsamen Kampf gegen Antisemitismus.

Zur Bekämpfung dieser besonders zu verabscheuenden Form von Intoleranz
müssen staatliche Massnahmen ineinander greifen. Wir haben einen Überblick

erhalten ueber die Bandbreite legislativer Massnahmen in den einzelnen Teilnehmerstaaten. Wir haben gelernt, dass Grundelement effektiver Gesetzgebung gegen Antisemitismus die klare strafrechtliche Ahndung jeder Form und jeder Ausprägung von Antisemitismus sein muss. Antisemitismus fällt nicht unter das Bürgerrecht der Meinungsfreiheit, Antisemitismus ist eine Straftat.

Wir haben auch erfahren, dass Gesetzgebung allein nicht ausreicht. Toleranz, ja mehr noch Respekt und Akzeptanz, müssen in der Gesamtgesellschaft verankert sein, das heisst Erziehung zu Akzeptanz, das heisst Aufklaerung in den Medien und verantwortungsvolles Handeln von Medien, das heisst Dialog zwischen Religionen, zwischen Kulturen, zwischen Voelkern. Das heisst nicht Verdrängung des Holocaust, sondern Erinnerung nach vorn. Fortbildung unserer Gesellschaften koennen wir nur alle gemeinsam leisten, im Zusammenwirken von Staat und Zivilgesellschaft. Besonders wichtig hier in Berlin war deshalb das vorbildliche Zusammenwirken zwischen staatlichen Delegationen und Vertretern und Vertreterinnen der Zivilgesellschaft.

Der Workshop zu Sitzung 1 hat beleuchtet, dass es auch gilt, Forschungskapazitäten, Datensammlung und Datenauswertung zu stärken, um das Phänomen des Antisemitismus in unserer Zeit besser zu erfassen und zu verstehen. Existierende Strukturen der Staaten und von NROen, auch die Arbeit von Forschungsinstituten im gesamten OSZE Raum, könnten dabei durch Netzwerkbildung viel besser genutzt werden. Besonders beeindruckt hat mich der Beitrag Dina Porats, die uns die Arbeit des Stephen Roth Instuts in Tel Aviv vorgestellt hat. Das Institut hat einen Ueberblick ueber legislative Massnahmen in allen OSZE Staaten zusammengestellt, auf den unsere weitere Arbeit aufbauen kann.

Beitraege zum Workshop haben auch einmal mehr Antisemitismus in Medien thematisiert, insbesondere die schmutzige Hetze im Internet.

Zur Zusammenarbeit existierender Strukturen und wie wir darauf aufbauen koennen kann sicherlich auch Michael Head kommentieren, der fuer mich den Workshop über die Umsetzung der Entscheidung des Ministerrates in Maastricht geleitet hat.

Aber lassen Sie mich jetzt persönlich Danke sagen. Für mich als Deutsche gilt nicht die Gnade der späten Geburt, sondern gilt die historische Verantwortung, in der ich lebe und arbeite. Gestern und heute waren bewegende Tage mit Ihnen hier in Berlin. Auch bei uns in Deutschland ist diese Antisemitismuskonferenz ein lautes unüberhörbares Signal gegen Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass.

Herr Head, ich darf das Wort an Sie weitergeben.